

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 10/ September 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag, weitere Antragsentwürfe sowie meine Pressemitteilungen seit Juni 2016.

Weitere Informationen auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de .

Antrag zur Sitzung des Bezirkstags Pfalz am 15. Juli 2016

Partnerschaftsprojekte mit Partnerland Ruanda ausbauen

Der Bezirkstag der Pfalz möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten und Konzepte für Partnerschaftsprojekte mit Ruanda unter dem Dach Landespartnerschaft auszuloten und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Priorität könnten dabei Maßnahmen im Bereich Schutz der Biosphäre bzw. Klimaschutzprojekte haben. Eine Zusammenarbeit mit dem MAB-Nationalkomitee wäre wünschenswert.

Begründung:

Im Jahr 2015 ergab sich durch den Besuch des Schulleiters der Meisterschule in Ruanda ein gemeinsames Fortbildungsprojekt für ruandische Berufsausbilder. An den Fortbildungsseminaren der Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern nahmen 6 Ausbilder aus Ruanda teil, die an einem Ausbildungszentrum im Süden des afrikanischen Landes mehr als 1.500 angehende Handwerkerinnen und Handwerker unterrichten.

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz begrüßt das Engagement von Schulleiter Eckhard Mielke und Lehrer Jürgen Clos.

Das erfolgreich durchgeführte Partnerschaftsprojekt im Bildungsbereich sollte Anlass und Ansporn sein, die Partnerschaft mit Ruanda zu vertiefen und weitere wichtige Bereiche dabei in den Fokus zu nehmen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass neben sozialen Projekten auch Natur- und Artenschutzprojekte sowie Klimaschutzprojekte dafür in erster Linie in Frage kommen. Seit 1983 gibt es in Ruanda ein MAB-Programm zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Berggorillas. In Ruanda – und nicht nur dort – stehen solche wichtigen Artenschutzprojekte immer wieder im Konflikt mit der gleichzeitigen, oftmals illegalen, Nutzung der Schutzgebiete zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse, z.B. durch Brandrodungen für den Anbau landwirtschaftlicher Nutzpflanzen, der Verarmung der Böden durch nicht stattfindenden Fruchtwechsel, falsche Düngemethoden oder unsachgemäßen Einsatz von Pestiziden. Um grundlegendes Wissen über eine nachhaltige und ökologische Bodennutzung zu vermitteln, könnte an das bereits bestehende MAB-Projekt in Ruanda der Bezirksverband Pfalz andocken und beispielsweise mit dem Know-How der LUFA-Speyer und des Hofgutes Neumühle dazu beitragen, einer nachhaltigen und ökologischen Bodennutzung zum Durchbruch zu verhelfen. Langfristiges Ziel sollte sein, den dort lebenden Menschen Wege aufzuzeigen, wie Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung ganz im Sinne von „Man and Biosphere“ miteinander in Einklang zu bringen sind.

Auch Klimaschutzprojekte sind gerade in afrikanischen Ländern nicht besonders verbreitet. Dabei wäre es vermessen, die „ganz großen Räder“ im Sinne von Klimaschutzabkommen oder ähnlichen Vorhaben auf Staatsebene drehen zu wollen. Klimaschutz kann aber auch sehr kleinteilig beginnen, z.B. über Aufklärungsarbeit und Fortbildungsmaßnahmen in Austauschprogrammen oder Vortrags- und Seminarreihen zur Schaffung eines Klimabewusstseins. Ganz praktisch wird Klimaschutz durch die Förderung von Wiederaufforstungsprogrammen oder anderen ökologischen Sanierungsprogrammen, die in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort in Ruanda und anderen Institutionen auf Landesebene gemeinsam angegangen werden könnten.

Die hier skizzierten Möglichkeiten verstehen sich als Denkanstöße und sollten im Detail weiter durchdacht, präzisiert, ergänzt und in den Fachausschüssen weiter beraten werden. Ziel ist der Ausbau des Engagements des Bezirksverbandes Pfalz mit dem rheinlandpfälzischen Partnerland Ruanda und eine Verstärkung der entwicklerischen Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen.

Damit würde der Bezirksverband nicht zuletzt zur Völkerverständigung beitragen und die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Ort befördern. Denn Partnerschaftsprojekte gleich welcher Art haben selbstverständlich auch eine Signalwirkung vor Ort und befördern das Verständnis für andere Kulturen.

Für DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz:

Brigitte Freihold

****Die Abstimmung dieses Antrags wurde aus organisatorischen Gründen auf eine Folgesitzung des Bezirksausschusses vertagt***

Fortbildungsseminar Biosphärenreservat Pfälzerwald

Am 16. Juli 2016 wurde ein Fortbildungsseminar zum Thema Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen durchgeführt. Das Seminar in Pirmasens richtete sich insbesondere an die Ausschussmitglieder der LINKEN im Bezirkstag Pfalz und die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Referent war Diplom Forstwirt Ralf Gebhard (TU), der mit seinem hoch spannenden und kompetenten Vortrag die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Rechtsrahmen und Gebietskulisse des Naturparks, Handlungsprogramme und nachhaltige Regionalentwicklung informierte. Im zweiten Teil des Seminars ging es um integrierte Klimaschutzkonzepte, Förderprogramme und um das bereits vom Bezirkstag verabschiedete ZENEPA-Projekt.



Foto links: Ralf Gebhard, Diplom Forstwirt (TU) aus Pirmasens beim Fortbildungsseminar am 16. Juli 2016 in Pirmasens.

Die Fülle des dargebotenen Fachwissens erstaunte selbst „alte politische Hasen“ wie Seminarteilnehmer Frank Eschrich: *„Bevor ich den Vortrag von Ralf Gebhard gehört habe, war mir nicht klar, wie viele Daten, Fakten und Hintergrundinformationen in einem Kopf abgespeichert sein können.“*

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz bietet in Absprache mit Referent Ralf Gebhard das Fortbildungsseminar Biosphärenreservat gerne als Wiederholung an. Entsprechende Anfragen können an brigitte.freihold@die-linke-ps.de gerichtet werden.

Reden auf der Bezirkstagssitzung am 15. Juli 2016

Rede zum Haushaltegenehmigungsverfahren der ADD

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat den Ergebnishaushalt 2016 beanstandet, und insbesondere für die Verausgabung der nach § 2 der HH-Satzung festgesetzten Investitionskredite in Höhe von ca 1,9 Mio € keine Genehmigung erteilt. Das laufende Haushaltsjahr ist bereits zu mehr als der Hälfte abgelaufen und die geplanten Ausgaben und Einnahmen des Haushaltsplans 2016 stehen damit noch immer unter Vorbehalt.

Es muss die Frage gestellt werden, was eigentlich konkret passieren würde, sollte der Haushalt 2016 nicht doch noch von der ADD genehmigt werden. Müssten die Beschäftigten dann ihre Löhne und Gehälter zurück überweisen? Müssten Bauaufträge storniert, bereits beauftragte Naturparkprojekte abgebrochen werden oder die LUFA in Speyer ihren Betrieb einstellen? Soll das Pfalztheater die Spielsaison schon im Sommer beenden und die Pfalzgalerie einen Sommerschlussverkauf ihrer Kunstwerke veranstalten? Immerhin wurde ja von der ADD schon die Verausgabung der Mittel für das Historische Museum der Pfalz infrage gestellt.

Die Aufsichts- und Kontrollbehörde des Landes wiederholt das Credo gebetsmühlenartig: Sparen, sparen, sparen!

Nun ist selbstverständlich nichts gegen eine wirtschaftliche und angemessen sparsame Haushaltsführung einzuwenden.

Doch das Beispiel des Historischen Museums macht deutlich: Hier gibt es auch keine Denkverbote bei Maßnahmen, die sowohl für die Einrichtungen als auch für die dort ihren Lebensunterhalt verdienenden Menschen existentiell sind.

Zynisch in dem Zusammenhang fast schon der Hinweis auf den Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 70% der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit, der sich besonders zur „Eruierung möglicher Konsolidierungspotentiale“ eignet.

Hier zeigt sich in gewisser Weise die Schizophrenie – oder sollte ich sagen: Infamie der Landespolitik in Rheinland-Pfalz: Einerseits wird das Konnexitätsausführungsgesetz nicht bedarfsgerecht angewendet, was nichts anderes bedeutet, als dass nicht alle Kosten erstattet werden. Andererseits verhängt die ADD Sanktionen für defizitäre Haushalte.

Oder ist das Schreiben der ADD nur als Schuss vor den Bug zu werten, als Rundumschlag nach dem Motto, man wird schon einen Schuldigen treffen? Ich meine: Es offenbart das ganze Ausmaß des Dilemmas, in dem alle öffentlichen Haushalte stehen. Und es offenbart das unter diesen Bedingungen unlösbare Spannungsverhältnis zwischen der kommunalen Selbstverwaltung einerseits und der

Theorie des Haushaltsrechts, die längst schon keinen Bezug zur Wirklichkeit mehr hat.

Wir alle wollen gute Bildung und Ausbildung, wir wollen Kultur, wir wollen Forschung, wir wollen Natur- und Artenschutz und wir wollen eine gute psychiatrische Gesundheitsvorsorge in Rheinland-Pfalz. Ich gehe mal davon aus, wenn Sie Frau Hermann von der ADD oder die Landesregierung danach fragen, werden alle Angesprochenen dies auch wollen.

Wer dies alles will, muss endlich die alles entscheidende Frage beantworten, wie die öffentliche Daseinsvorsorge – und in diesem Spektrum bewegen wir uns im Bezirksverband – zukünftig finanziert werden soll und zwar auskömmlich. Dann blieben uns Schreiben wie das von Frau Hermann nämlich erspart. Die Antwort ist denkbar einfach: Man muss das Geld dort holen, wo es ist: An der Erhöhung von Steuern für Gut-, -Besser- und Sehr-Gut-Verdiener führt kein Weg vorbei.

Ich möchte dies am Beispiel Kultur deutlich machen, weil es am anschaulichsten und leichtesten nachvollziehbar ist. Kultur, gleich ob Theater, Konzert oder bildende Kunst, ist haushälterisch betrachtet bis auf wenige, meistens kommerzielle Ausnahmen, ein Zuschussbetrieb. In der Regel eine steuerfinanzierte, freiwillige Leistung der Kommunen und Länder.

Wenn es nun so ist, dass die Steuereinnahmen eines Landes zu gering sind, um Pflichtaufgaben und freiwillige Ausgaben bedarfsgerecht zu finanzieren, kann man entweder die freiwilligen Kulturleistungen – in unserem Beispiel das Pfalztheater oder das Historische Museum abschaffen, oder – und das möchten die Wenigsten zur Kenntnis nehmen – die Steuereinnahmen so erhöhen, dass sie auch für die freiwilligen Leistungen reichen, die wir alle wollen, zumindest mit Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden. Mit Frau Hermanns andauerndem Appell an die Steigerung der Leistungsfähigkeit ist dieser Grundproblematik jedenfalls nicht beizukommen.

Das beste Beispiel sind die in Deutschland höchstverschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz, denen das ständige Bemühen um Steigerung der

Leistungsfähigkeit, Sparsbemühungen in allen Haushaltsbereichen plus die Teilnahme am KEF auch nicht die Konsolidierung ihrer Haushalte gebracht hat!

An dem Schreiben von Vizepräsidentin Herrmann ist aber noch etwas anders bemerkenswert, um nicht zu sagen bedenklich: Vorausgesetzt, die Gegenargumente von Herrn Wieder sind zutreffend, wovon ich ausgehen muss, offenbart dies Auffassungen der ADD, die entweder einer gewissen Inkompetenz oder der Absicht geschuldet sein müssen, die Problematik der defizitären Haushalte nach unten weiterzureichen wie den Schwarzen Peter.

Bei aller Kritik an der Finanzpolitik des Landes sollte nicht der Blick auf Hausgemachte im Haushalt des Bezirksverbandes fehlen:

Bereits in meiner letzten Haushaltrede habe ich darauf hingewiesen, dass das Eigenkapital des Bezirksverbandes von Jahr zu Jahr weniger und bei gleichbleibender Tendenz in 8 Jahren aufgebraucht sein wird. Die zukünftige Entwicklung der Pfalzwerke-Dividenden wird wohl weiterhin eher bescheiden ausfallen. Die Ursachen sollen nicht Gegenstand dieser Überlegungen sein.

Lediglich über eine Rekommunalisierung der Pfalzwerke sollte in dem Zusammenhang nochmals nachgedacht werden, um die erwirtschafteten Gewinne für eigene Zwecke zu nutzen, evtl zur Bildung neuer Kapitalreserven, statt sie an private Anteilseigner abzuführen.

Letztendlich muss der Bezirksverband wohl oder übel versuchen, die eigenen Einnahmen zu erhöhen, wenn die Argumentation des ADD entkräftet werden soll, der Bezirksverband würde nur ungenügende Anstrengungen unternehmen, den Haushalt zu konsolidieren. Da der Bezirksverband über keine eigenen Steuereinnahmen verfügt, bleibt neben konsequenten Verhandlungen mit dem Land über eine auskömmliche Finanzierung nur die Verbandsumlage. Sie wurde seit 20 Jahren nicht erhöht und bei allem Verständnis für die hochdefizitären verbandsangehörigen Kommunen, wäre nun doch der Zeitpunkt gekommen, über eine sehr moderate Erhöhung nachzudenken. Gerade die Tatsache, dass einige Kommunen gerade dabei sind, ihre „Verlustbringer“ an den Bezirksverband weiterzugeben bzw Fördermittel zu erhalten, könnte als Argumentationshilfe dienen.

Die LINKE hat in der letzten Bezirkstagsitzung dem Haushalt 2016 nicht die Zustimmung erteilen können.

Ich teile die Auffassung unseres Vorsitzenden Herrn Wieder, dass die Rahmenbedingungen keinen vollständigen Haushaltsausgleich des Ergebnishaushaltes im Jahr 2016 zulassen.

Doch für die Folgejahre sollte es erneute Anstrengungen, u. a. im Sinne der hier vorgetragenen Vorschläge geben. Insbesondere der Weg der Finanzverhandlungen mit dem Land Rheinlad-Pfalz muss konsequent und mit der nötigen Stringenz gegangen werden.

Aus diesem Grund ist der Beschlussvorschlag des Vorsitzenden Herrn Wieder nicht tragbar: Aussagen über die Haushalte der folgenden Jahre sind Kaffeesatzlesereien.

Da dieser Passus nicht geändert wird, kann ich auch hier nicht zustimmen.

Hambacher Schloss, 15. Juli 2016

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Rede Prüfung Übernahmen und Zuschüsse

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE im Bezirkstag stimmt dem Überprüfungsantrag der Verwaltung bezüglich Förderung bzw. Übernahme von Einrichtungen zu.

Ich möchte für das nun anstehende Prüfverfahren folgende Überlegungen mit auf den Weg geben:

Der Grundsatzbeschluss, keine institutionellen Fördermaßnahmen bzw. Übernahmen zu gewähren, ist in seiner Absolutheit in der Praxis offenbar so nicht haltbar, sondern es sind differenzierte Einzelfallbetrachtungen anzustellen, die zu einer sachgemäßen Entscheidung führen. Wenn dies, wie im vorliegenden Fall, jeweils durch einen Prüfungsbeschluss des Bezirkstages auch dauerhaft gewährleistet werden kann und dies nicht zu Komplikationen führt, könnte von einer förmlichen Aufhebung des Grundsatzbeschlusses wohl abgesehen werden.

Das Biosphärenhaus in Fischbach ist eine pädagogisch wertvolle Einrichtung und quasi ein „Leuchtturm“ im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen. Es sollte unter auf jeden Fall erhalten bleiben. Die im Übernahmeantrag geschilderten Finanzierungsprobleme sind erheblich und substanziell. Sie führen ohne Lösungsmodell unweigerlich zur baldigen Schließung. Die weitere Finanzierung über den Haushalt der Ortsgemeinde Fischbach ist daher ausgeschlossen. Kredite zur Liquiditätssicherung könnten nur von der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland aufgenommen werden, wobei die Kreditkosten wegen des Grundsatzes der Übereinstimmung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung letztendlich wieder im Haushalt Fischbach landen würden.

Die Finanzierung des Biosphärenhauses über Kassenkredite ist auch aus grundsätzlichen Erwägungen auszuschließen. Wegen der hohen Bedeutung des Biosphärenhauses für das Biosphärenreservat und der aussichtslosen Finanzierung über den Haushalt der Ortsgemeinde Fischbach plädiere ich in diesem Fall für eine Übernahme als Einrichtung des Bezirksverbandes, besonders, da 2003 schon einmal Erwägungen in diese Richtung angestellt wurden. Allerdings sollte auf die finanzielle Mitverantwortung des Landkreises Südwestpfalz wegen der touristischen Bedeutung nicht verzichtet werden, die sich nicht ausschließlich in der Verbandumlage erschöpfen kann. Dazu ist ein differenziertes Finanzierungsmodell zwischen Bezirksverband, Landkreis Südwestpfalz und dem Land Rheinland-Pfalz auszuarbeiten.

Die Situation beim Wild- und Wanderpark Silz stellt sich etwas anders dar. Der Anlage zum Antrag ist zu entnehmen, dass der Betrieb des Wild- und Wanderparks bei hoher Eigeninitiative noch leichte Gewinne erwirtschaftet, gleichwohl seit Jahren ein erheblicher Sanierungsstau besteht. Deshalb würde ich für den Wild- und Wanderpark eine dauerhafte Förderung, aber keine Übernahme favorisieren. Die direkte Verbindung als Bestandteil des Biosphärenreservats und konzeptionelle Verknüpfung unter deren Tourismusdachmarke ist gegeben. Um die Besucherrückgänge zu kompensieren und den Wild- und Wanderpark als touristischen Anziehungspunkt zu stärken, müsste dort allerdings auch ein umfassendes Modernisierungskonzept erstellt werden, das mit dem bisher gewährten Investitionskostenzuschuss des Landkreises Südliche Weinstraße in Höhe von 20.000 Euro kaum zu realisieren sein wird.

Das Landgestüt Zweibrücken hat neben der eher rückläufigen Pferdezucht insbesondere eine landesweite Bedeutung als Austragungsort für Landes- und Bundesmeisterschaften im Pferdesport und bietet nach Angaben der Geschäftsführung als einzige Reitarena in Rheinland-Pfalz Platz für 1.500 Zuschauer. Deshalb steht aus meiner Sicht für den Erhalt des Gestüts vor allem das Land Rheinland-Pfalz in der Verantwortung und sollte diese Verantwortung auch

wahrnehmen. Das Gestüt wurde von der Landesregierung im Jahr 2007 privatisiert und in eine GmbH überführt, deren einziger öffentlicher Träger neben Privaten die Stadt Zweibrücken ist. Diese Vorgehensweise hat zwar den Landeshaushalt entlastet, führt nun aber zur drohenden Einstellung des Betriebs Ende 2017. Obwohl Reitsportverbände und Reitsportvereine nicht in dem Ruf stehen, zu den ärmsten Sportverbänden und Sportvereinen zu gehören, ist es offensichtlich nicht gelungen, das Gestüt auf ein finanziell tragfähiges Fundament zu stellen.

Dies widerlegt zum einen, dass Private grundsätzlich besser wirtschaften als die öffentliche Hand und belegt zum anderen, dass Sport im Allgemeinen genau wie Kultur und damit die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt ohne staatliche Subventionen und Steuergelder nicht denkbar ist. Daher war die Privatisierung des Zweibrücker Landgestüts ein schwerer politischer Fehler, der nach dem Verursacherprinzip auch von der Landesregierung zu beheben ist.

Hambacher Schloss, 15. Juli 2016

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Antragsentwürfe DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Hier werden weiter politische Anliegen der LINKEN im Bezirkstag Pfalz thematisiert und zur Diskussion gestellt. Die Antragsentwürfe sollen zu gegebenem Zeitpunkt auf die politische Agenda des Bezirkstags gebracht werden.

ENTWURF

Konflikt Brennholzeinschlag – Erweiterung Kernzonen entschärfen

Der Bezirkstag der Pfalz möge beschließen:

Entwickelt werden soll eine Mobilisierungsstrategie für die Nutzung von Privatwald für den Brennholzeinschlag. Diese soll in enger Abstimmung und Beteiligung aller relevanten Akteure (Fachausschüsse Bezirksverband, Privatwaldbesitzer, Forstämter, Landesministerium, Kommunen etc.) entwickelt werden. Ziel ist, die durch die Kernzonenerweiterung wegfallenden Brennholzkapazitäten durch private Kapazitäten zu ersetzen.

Begründung:

In der wahrnehmbaren öffentlichen Debatte um die Kernzonenerweiterung des Biosphärenreservats Pfälzerwald werden unterschiedliche Konfliktlinien erkennbar. Eine wesentliche Konfliktlinie betrifft den Brennholzeinschlag, der auf den vorgesehenen Erweiterungsflächen zukünftig auf Grund einschlägiger Bestimmungen des MAB-Komitees bzw. durch die geltende Rechtslage auszuschließen ist. Dies führt zu Widerständen bei Brennholznutzern und

Brennholzverwertern, die um ihre Möglichkeiten des Brennholzeinschlags besorgt sind. Dies betrifft Privatleute genauso wie Kommunen oder die Forstwirtschaft.

Dieser Konflikt könnte entschärft werden, indem Privatwald stärker als bisher für den Brennholzeinschlag genutzt wird. Derzeit werden nur etwa 50 Prozent des Privatwaldes für einen ökologisch nachhaltigen Brennholzeinschlag genutzt. Diese Quote gilt es zu erhöhen, mindestens um den Anteil der durch die Kernzonenerweiterung wegfallenden Kapazitäten, um diesen sich abzeichnenden Konflikt zwischen Schutzzweck und wirtschaftlicher Nutzung zu entschärfen.

Die Lösung dieses Konfliktes ist von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz der unabdingbaren Kernzonenerweiterung und sollte daher zu einem Kernpunkt des gerade stattfindenden Diskussions- und Findungsprozesses werden. Deshalb sollte eine Mobilisierungsstrategie von Privatwald für den Brennholzeinschlag auch eine exponierte Stellung in den weiteren Verhandlungen einnehmen und vom Bezirksverband forciert werden, der dazu über die Moderatorenrolle hinaus eigene Vorstellungen und Lösungsvorschläge entwickeln könnte.

In einem ersten Schritt wäre festzustellen, ob es zwischen den bisher ins Auge gefassten Erweiterungsflächen und eventuell vorhanden Privatwaldflächen eine räumliche Nähe gibt, denn davon hängt entscheidend die praktische Nutzbarkeit für alle Beteiligten für den Brennholzeinschlag ab. Ist diese Nähe gegeben, würde dies auch die Einbeziehung von betroffenen Waldbesitzern erleichtern, die einer Nutzung für den Brennholzeinschlag zustimmen müssten. Zusammen mit den weiteren Beteiligten könnten dann konkrete Verhandlungen beginnen, wie und unter welchen Bedingungen wegfallende Brennholzkapazitäten durch die geplante Kernzonenerweiterung durch Brennholzeinschlag auf Privatwaldflächen vor Ort ausgeglichen werden könnten.

ENTWURF

Risiko-Reaktoren in Cattenom und Tihange sofort und unwiderruflich abschalten

Der Bezirkstag der Pfalz möge beschließen:

Der Bezirkstag Pfalz unterstützt die Forderung von Kommunen, interkommunalen Zusammenschlüssen und Bürgerinitiativen, insbesondere die Risiko-Reaktoren in Cattenom (Frankreich) und Tihange (Belgien) sofort und unwiderruflich abzuschalten. Die Verwaltung erstellt dazu eine entsprechende Erklärung unter Einbeziehung von Fachausschüssen und dem Fachwissen der LUFA-Speyer.

Der Bezirkstag Pfalz beauftragt die Verwaltung, einen Beitritt des Bezirksverbandes Pfalz zur Klage der Städteregion Aachen gegen das Atomkraftwerk Tihange, der sich auch rheinlandpfälzische Kommunen (Bitburg, Vulkaneifel) angeschlossen haben, zu prüfen.

Der Bezirkstag fordert die Landesregierung auf, sich im Benehmen mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung dieser Klage vor dem höchsten belgischen Verwaltungsgericht anzuschließen.

Begründung:

In unmittelbarer Nachbarschaft zu Rheinland-Pfalz befinden sich die Kernkraftwerke Tihange (Belgien), Cattenom (Frankreich), Fessenheim (Frankreich), Biblis (Hessen) und Philippsburg (Baden-Württemberg). Das rheinlandpfälzische AKW Mühlheim-Kärlich befindet sich im Rückbau. Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer (LUFA) führt im Auftrag des rheinlandpfälzischen Umweltministeriums und des zuständigen Bundesministeriums regelmäßig Messungen der radioaktiven Belastung in einer Messgemeinschaft mit dem Landesuntersuchungsamt durch. Die Messergebnisse und Berichte werden von den Auftraggebern veröffentlicht.

Insbesondere die Kernkraftwerke in Tihange und Cattenom stellen ein hohes Gefahrenpotenzial für die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und weit darüber hinaus dar. Cattenom gehört zu den größten Kernkraftwerken in Westeuropa und bisher wurden 750 Störfälle nach der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse registriert. Die insgesamt vier Reaktoren sind veraltet, störanfällig und unzulässig gegen äußere Einflüsse, beispielsweise Flugzeugabstürze, geschützt. Am Druckbehälter von Block zwei im belgischen Atommeiler Tihange sind seit Jahren tausende Haarrisse bekannt, dennoch ging das marode Kraftwerk nach einer vorübergehenden Abschaltung wieder ans Netz und wurde die Laufzeit nochmals um 10 Jahre verlängert. Am 22. März 2016 wurde das Kernkraftwerk Tihange im Zuge der Terroranschläge von Brüssel evakuiert, weil der belgischen Regierung Kenntnisse über Planungen gezielter Angriffe vorlagen.

Es braucht nur wenig Vorstellungskraft, um sich zu verdeutlichen, welchen Gefahren die Bevölkerung im Umkreis von hunderten Kilometern ausgesetzt wäre, wenn es in einem der genannten Kernkraftwerke zu einem Super-Gau wie in Tschernobyl kommt, oder einer der Atommeiler Ziel eines terroristischen Angriffs wird.

Radioaktivität macht vor Grenzen nicht halt. Bestehende Katastrophenschutzpläne sind Makulatur und gehen von unrealistischen Evakuierungsradien von nur wenigen Kilometern aus. Bei schweren atomaren Katastrophen, bei denen in kurzer Zeit ein Großteil des radioaktiven Materials in die Atmosphäre gelangt, sind je nach Windrichtung und Windgeschwindigkeit auch Radien von mehreren Hundert Kilometern realistisch, die umgehend evakuiert werden müssten. Von einem atomaren Gau in Cattenom oder Tihange wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Kommunen des Bezirksverbandes Pfalz betroffen.

Beispielhaft für verantwortungsbewusstes kommunales Handeln in diesem Zusammenhang ist die Städteregion Aachen. Dort hat ein Bündnis aus 10 Kommunen aus den Niederlanden, NRW und Rheinland-Pfalz die Initiative ergriffen und klagt auf Stilllegung des Kernkraftwerkes Tihange vor dem höchsten belgischen Verwaltungsgericht. Presseberichten zu Folge erwägt die nordrhein-westfälische Landesregierung einen Beitritt zur Klage.

In der Vergangenheit waren Bürgerproteste gegen die Gefahren der Atomkraft weitgehend von Initiativen, Verbänden oder politischen Parteien getragen. Dass sich nun Kommunen und interkommunale Zusammenschlüsse direkt und juristisch gegen die Gefahren von Risiko-Reaktoren über Landes- und sogar Staatsgrenzen hinweg zur Wehr setzen, ist abseits der Inhalte auch eine deutliche Stärkung des kommunalen Selbstverständnisses und zeigt auf, dass Kommunen und kommunale Verbände angesichts von drohenden Gefahren nicht in Ohnmacht verharren müssen. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es tatsächlich einen Weg gibt, wenn der politische Willen vorhanden ist.

Nach Auffassung der LINKEN gehört es abseits der kommunalen Ordnungen zu den Aufgaben auch einer Kommune, erst Recht eines kommunalen Verbandes wie dem Bezirksverband Pfalz, für den Schutz der Bevölkerung und der natürlichen Umwelt vor den Auswirkungen einer atomaren Katastrophe einzutreten und dies entsprechend politisch zu artikulieren. Politische Verantwortung übernehmen heißt, Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden, auch wenn sich die Gefahrenherde außerhalb des direkten Einflussgebietes befinden. Politisch verantwortliches Handeln beschränkt sich deshalb nicht auf die Vorhaltung von Katastrophenschutzplänen, sondern geht weit darüber hinaus. DIE LINKE verweist in diesem Zusammenhang auf eine Resolution des Stadtrates Aachen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt und über alle Parteigrenzen hinweg verabschiedet wurde. Deshalb sollte sich der Bezirksverband Pfalz dem bereits artikulierten Protest der Kommunen anschließen und möglicherweise auch eigene inhaltliche Akzente setzen.

Dies hätte Signalwirkung für andere Kommunen und kommunale Zusammenschlüsse und nicht zuletzt in Richtung Landesregierung. Der Bezirksverband Pfalz hat sich Natur- und Verbraucherschutz auf die Fahnen geschrieben und leistet über die LUFA-Speyer wichtige Forschungsarbeit für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Die damit verbundenen Projekte und Fortschritte einer naturnahen Bewirtschaftung stehen allesamt unter dem Damoklesschwert einer drohenden atomaren Katastrophe, die Luft, Boden und Wasser für Jahrzehnte oder noch viel länger verseuchen würde. Der Bezirksverband Pfalz hat zu einem frühen Zeitpunkt eine Haltung zur Nutzung der Windkraft entwickelt und dabei die Gefährdung des Biosphärenstatus des Naturparks Pfälzer in den Mittelpunkt gestellt. Jede Unterstützerin und jeder Unterstützer des Windkraftmoratoriums möge sich vor Augen führen, welche Dimension die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung für die gesamte Biosphäre hat. Selbst bei kleineren atomaren Unfällen und geringer Strahlenbelastung des Biosphärenreservats Pfälzer Wald bräuchte der Bezirkstag Pfalz wohl keine vertiefenden Konzepte für naturnahe Erholung oder sanften Tourismus mehr zu erstellen.

Bei einer entsprechenden Erklärung des Bezirkstages Pfalz kann es natürlich nicht nur um das Kernkraftwerk Tihange gehen, sondern selbstverständlich muss eine entsprechende Erklärung auch das berüchtigte Risiko-Atomkraftwerk Cattenom umfassen, das räumlich wesentlich näher zum Gebiet des Bezirksverbandes Pfalz liegt und dadurch in der Binnenbetrachtung potenziell noch gefährlicher als das belgische AKW Tihange ist. Cattenom ist in Luftlinie von Kaiserslautern lediglich 110 Kilometer entfernt, das AKW Tihange 216 Kilometer. Darüber hinaus sollte ebenfalls eine Haltung zu den weiteren an Rheinland-Pfalz grenzenden Atomkraftwerken gefunden werden. Eine parallele Einbeziehung des rheinlandpfälzischen Städte- und

Gemeindebundes wäre hilfreich und begrüßenswert. Je mehr Kommunen bzw. deren Dachverbände sich dem Protest gegen die Gefahren der Atomkraft anschließen, umso wirkungsvoller kann dieser Protest werden.

Über eine Erklärung mit appellierendem Charakter hinaus sollten der direkte Beitritt des Bezirksverbandes zur Klage der Städteregion Aachen juristisch geprüft und das Land Rheinland-Pfalz aufgefordert werden, sich im Benehmen mit dem Land Nordrhein-Westfalen ebenfalls dieser Klage anzuschließen. Die Betroffenheit durch Störfälle und Reaktorkatastrophen in den beiden Risiko-Kernkraftwerken Cattenom und Tihange ist gegeben und eine radioaktive Verseuchung auf dem Gebiet des Bezirksverbandes Pfalz real möglich.

Es ist schlechterdings unmöglich, sich einerseits für die Ziele von „Man and Biosphere“ in unterschiedlichsten Formen einzusetzen, Projekte für Klima- und Artenschutz auf den Weg zu bringen oder den Schutzzweck des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen mit Maßnahmen zu unterstützen, und andererseits zur drohenden Vernichtung sämtlicher natürlichen Lebensgrundlagen durch einen atomaren Super-Gau in der direkten Nachbarschaft zu schweigen.

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 11. Juli 2016

Partnerschaftsprojekte mit Ruanda ausbauen

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Schwerpunkte auf Arten- und Klimaschutzprojekte legen

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz hat für die Sitzung des Bezirkstages am 15. Juli beantragt, Möglichkeiten und Konzepte für Partnerschaftsprojekte mit Ruanda unter dem Dach der Landespartnerschaft auszuloten und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Bisher gibt es ein Partnerschaftsprojekt zwischen der Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern und einem ruandischen Ausbildungszentrum. Eine Kooperation zwischen dem Pfalzkrankenhaus und dem psychiatrischen Krankenhaus in Ndera wurde auf den Weg gebracht.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Die bereits angestoßenen Projekte des Bezirksverbandes mit dem rheinlandpfälzischen Partnerland Ruanda sind zu begrüßen, allerdings beruhen sie bei näherer Betrachtung auf Eigeninitiativen von Beteiligten. Es fehlt eine konzeptionelle Herangehensweise, die bisher ungenutzte Potenziale und Möglichkeiten aufzeigt und zu einer Verstärkung führt. Wichtig ist, dass dabei der „Graswurzel“ Charakter der Projekte mit Wachstum von Unten erhalten bleibt und Partnerschaft als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wird. Das erfolgreich durchgeführte Partnerschaftsprojekt im Bildungsbereich sollte Anlass und Ansporn sein, die Partnerschaft mit Ruanda zu vertiefen und weitere wichtige Bereiche dabei in den Fokus zu nehmen. DIE LINKE im Bezirkstag ist der Auffassung, dass neben sozialen Projekten auch eine

Schwerpunktsetzung auf Natur- und Artenschutzprojekte sowie Klimaschutzprojekte erfolgen sollte.

Seit 1983 gibt es beispielsweise in Ruanda ein MAB-Programm zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Berggorillas. Dieses wichtige Artenschutzprojekt steht immer wieder im Konflikt mit der gleichzeitigen Nutzung der Schutzgebiete zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse, denn die Armut der Landbevölkerung ist nach wie vor enorm hoch: Circa die Hälfte der ruandischen Menschen lebt von einem Einkommen von etwa einem Dollar pro Tag.

Zudem ist das Überleben der bedrohten Spezies auch durch die Vergabe von Konzessionen für die Erdölförderung in weiten Teilen des Nationalparks Virunga gefährdet, da der Lebensraum dadurch weiter beschnitten wird. Der Gorilla-Tourismus ist im Begriff, sich zum Massentourismus zu entwickeln. Dies birgt für die Gorillas gesundheitliche Gefahren und widerspricht dem Grundgedanken und den Standards eines nachhaltigen Tourismus.

Um weitergehendes Wissen über eine nachhaltige und ökologische Bodennutzung zu vermitteln, könnte der Bezirksverband an das bereits bestehende MAB-Projekt in Ruanda andocken und beispielsweise mit dem Know-How der LUFA-Speyer und des Hofgutes Neumühle dazu beitragen, eine nachhaltige und ökologische Bodennutzung zu etablieren. Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung im Sinne von „Man and Biosphere“ im Alltagsleben miteinander in Einklang zu bringen, braucht viele engagierte Helfer.

Klimaschutzprojekte in Form von Wiederaufforstungsprogrammen, Agroforstprojekten, energetischen Optimierungsmaßnahmen, der Unterstützung beim Ausbau der Versorgung mit erneuerbaren Energien anstelle des Betriebes von Stromwerken mit umweltschädlichem Dieselmotortreibstoff – diese Beispiele sollen als Impulse dienen, wo der Bezirksverband Kompetenzen und Ressourcen besitzt, die er in partnerschaftlichen Projekten mit Ruanda einbringen könnte.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Pressemitteilung 14. Juni 2016

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz nominiert Konni Schmidt für Friedenspreis

Anlässlich der diesjährigen ersten Verleihung des „Ludwig-Wagner-Preises für Toleranz und Zivilcourage“ schlägt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz Konni Schmidt aus Kaiserslautern als Preisträger vor. Die Bewerbungsunterlagen wurden beim Bezirksverband eingereicht.

Konni Schmidt ist Vorsitzender des Vereins „Bike for Peace and New Energies e.V.“ mit Sitz in Kaiserslautern. Konni Schmidt ist seit Jahrzehnten in der pfälzischen Friedensbewegung und weit darüber hinaus aktiv. Seit 1980 nimmt Konni Schmidt als Teilnehmer bzw. Veranstalter an Friedensradfahrten teil. Seit 2006 organisiert Konni Schmidt die Friedensradfahrt Paris – Moskau und viele weitere Fahrten und

Begegnungen für ein friedliches Miteinander der Menschen und Völker. Konni Schmidt und sein Verein haben es sich zum Ziel gesetzt, ein friedliches Zusammenleben über alle echten oder vermeintlichen Grenzen hinweg zu fördern, internationale Begegnungen und Austauschmaßnahmen zu initiieren und mit Hilfe des Breitensports zur Völkerverständigung beizutragen. Zudem haben sich Konni Schmidt und sein Verein dem Umweltschutzgedanken, dem Erhalt unserer natürlichen Umwelt und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen verschrieben und unterstützen eine ökologische Energiewende.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Bei aller nationalen und internationalen Anerkennung für seinen Einsatz für Frieden und Völkerverständigung ist Konni Schmidt ein ganz einfacher Mensch geblieben, dem nichts zu viel und kein Fahrrad eines Friedensaktivisten zu schmutzig ist, um nicht selbst Hand daran zu legen, damit es für die nächste Tagesetappe wieder hergerichtet werden kann. Mit dem Namensgeber des Friedenspreises, Ludwig Wagner, verbindet Konni Schmidt nicht nur die Wirkungsstätte Kaiserslautern, sondern auch der pädagogische Beruf und die pädagogische Berufung. Konni Schmidt führt Friedenscamps durch, wo sich junge Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern über mehrere Tage kennenlernen und austauschen können, organisiert den Aufenthalt in Gastfamilien für Friedensfahrtteilnehmerinnen und -teilnehmer aus ganz Europa. Er ist eine Art lebendes Netzwerk der Taten und Ideen für Toleranz und Zivilcourage und steht für die Verwirklichung dieser Ziele im weltweiten Austausch. Wie Ludwig Wagner ist Konni Schmidt deshalb im besten Sinne Aufklärer für Frieden, Toleranz und Völkerverständigung und hat den Friedenspreis des Bezirksverbandes verdient.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz